

26.01**Schulhaus Haldenbüel; Sanierung**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 4. April 2012 sowie der Antrag der Parlamentarischen Baukommission vom 4. Juni 2012 mit folgenden identischen Anträgen 1-4:

Anträge

1. *Für die Erneuerung der Schulanlage Haldenbüel wird ein Baukredit von CHF 9'985'000 inkl. MwSt. bewilligt.*
2. *Sollte sich die Evangelische Kirchgemeinde rechtzeitig für ein Energiecontracting aussprechen, so ist diese Art von Energiebezug auch für die Schulanlage Haldenbüel vorzusehen. Für die Erneuerung der Schulanlage Haldenbüel wird in diesem Fall ein Baukredit von CHF 9'705'000 inkl. MwSt. bewilligt.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während 25 Jahren abzuschreiben.*
4. *Nach der Erneuerung der Schulanlage Haldenbüel wird das Konto 282019 Schulinfrastruktur über CHF 2 Mio. im Sinne einer jährlichen Abschreibung während fünf Jahren (CHF 400'000 pro Jahr) zu Gunsten der Schulanlage Haldenbüel aufgelöst.*

Zusatzantrag der Parlamentarischen Baukommission

5. *Damit 8 statt wie im Projekt vorgesehen 7 Klassenzimmer realisiert werden können, wird der Baukredit um CHF 250'000 erhöht.*

Bei der Verabschiedung von Bericht und Antrag an das Stadtparlament am 4. April 2012 stand der Entscheid der Evangelischen Kirchgemeinde betreffend Energiecontracting noch nicht fest. Zwischenzeitlich ist bekannt, dass die Evangelische Kirchgemeinde auf Energiecontracting verzichtet. Damit entfällt Antrag 2.

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler (SVP), Präsident der Parlamentarischen Baukommission, erstattet Bericht. Insgesamt müssen die Schulanlagen Haldenbüel, Rosenau und Notker saniert werden mit einem Totalaufwand von ca. 30 Mio. CHF. Die Baukommission ist überzeugt, dass die Sanierung des Schulhauses Haldenbüel richtig ist. Da längerfristig mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen ist, soll mit Mehrkosten von CHF 250'000 ein zusätzliches Klassenzimmer eingebaut werden. Der Dachstock kann aus Feuerschutzgründen nicht kosteneffizient ausgebaut werden, weshalb richtigerweise darauf verzichtet wird. Die Stadtwerke Gossau werden eine Pellet-Heizung einbauen. Die Evang. Kirchgemeinde hat verzichtet, von dieser Heizanlage Energie zu beziehen. Damit entfällt der Antrag 2 definitiv. In der Vorlage ist der Parkplatzumbau nicht enthalten, weil er keinen direkten Zusammenhang mit der Schulanlage hat. Die Baukommission stellt ihre Anträge einstimmig.

Detaildiskussion:

Felix Koller (FDP) beurteilt die Schulanlage zusammen mit der Kirche als einzigartiges Ensemble. Das Bauvorhaben ist berechtigt. Das Projekt geht aber über die schulischen Bedürfnisse hinaus, die Anlage soll zusätzlich aufgewertet werden. Das ist wünschenswert. Die Chance für ein zusätzliches Klassenzimmer gilt es zu nutzen. Er beantragt Zustimmung zum Zusatzantrag der Baukommission. Finanzpolitisch stehen engere Zeiten bevor. In Anbetracht dieser Sachlage hätte er es vorgezogen, wenn die Baukommission das Geschäft nochmals hinterfragt hätte. Ein Marschhalt wäre angemessen gewesen. Der Kredit darf keineswegs überschritten werden.

Alfred Zahner (FLiG) sieht im Projekt eine Aufwertung des Quartiers. Die FLiG unterstützt das Geschäft vorbehaltlos.

Reto Mock (CVP) begrüsst die Möglichkeit, dass das Schulhaus den neuen Anforderungen angepasst wird. Das zusätzlich vorgesehene Schulzimmer kann mit geringen Mehrkosten realisiert werden. Die Fraktion unterstützt das Geschäft.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Es ergeben sich folgende bereinigte Anträge:

1. *Für die Erneuerung der Schulanlage Haldenbüel wird ein Baukredit von CHF 9'985'000 inkl. MwSt. bewilligt.*
2. *Damit 8 statt wie im Projekt vorgesehen 7 Klassenzimmer realisiert werden können, wird der Baukredit um CHF 250'000 erhöht.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während 25 Jahren abzuschreiben.*
4. *Nach der Erneuerung der Schulanlage Haldenbüel wird das Konto 282019 Schulinfrastruktur über CHF 2 Mio. im Sinne einer jährlichen Abschreibung während fünf Jahren (CHF 400'000 pro Jahr) zu Gunsten der Schulanlage Haldenbüel aufgelöst.*

Den Anträgen wird mit 3 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

26.02

Reglement zur Nutzung von städtischen Bauten und Anlagen; Erlass

Grundlagen sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 3. Januar 2012 sowie der Antrag der Vorberatenden Kommission vom 1. Mai 2012 mit folgendem Antrag:

Das Reglement wird erlassen.

Eintretensdiskussion:

Franziska Geser-Burch (CVP) erstattet den Bericht. Mit dem neuen Gebührentarif für die Nutzung von Bauten und Anlagen werden Vereine mit Jugendlichen leicht stärker belastet. Im Gegenzug hat der Stadtrat die Beiträge an Vereine mit Jugendmitgliedern erhöht. Mit dieser Lösung werden die Vereine mit Jugendmitglieder fair behandelt. Sie beantragt Zustimmung zum Reglement.

Florian Kobler (SP) sieht Gossau als Sportstadt. Eine kostenlose Nutzung für Jugendliche sähe er als beste Lösung. In Anbetracht der vom Stadtrat getroffenen Lösung unterstützt auch die SP die Vorlage. Sie erwartet, dass die Erhöhung der Beiträge an Vereine mit Jugendmitgliedern in der Sparwelle nicht rückgängig gemacht wird.

Detalldiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

26.03**Oberstufenzentrum Rosenau, Erneuerung; Projektierungskredit**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 21. März 2012 sowie der gleich lautende Antrag der Parlamentarischen Baukommission vom 14. Mai 2012 mit folgendem Antrag:

Für die Erneuerung des Oberstufenzentrums Rosenau wird ein Projektierungskredit von CHF 500'000 inkl. MwSt. erteilt.

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Parlamentarischen Baukommission, bestätigt den Erneuerungsbedarf im OZ Rosenau. Vor kurzem sind die Auswirkungen des Sparpaketes des Kantons bekannt geworden. Die Gemeinden und auch Gossau werden stark betroffen sein. Die finanziellen Möglichkeiten werden enger. Er zieht den Antrag der Parlamentarischen Baukommission vom 14. Mai 2012 zurück und stellt den Antrag, das Geschäft an die Baukommission zurückzuweisen.

Karl Bürki (SP) ist über diesen Antrag nicht erfreut. Es war schon lange klar, dass die Sparpakete des Kantons Auswirkungen auf Gossau haben werden. Dringend notwendige Sanierungen wurden jahrelang hinausgeschoben, diese sollen nun angegangen werden. Wer Neuverschuldung verhindern will, muss neue Einnahmen suchen. Pädagogische Ausstattungen sollen nicht auf der Strecke bleiben.

Stefan Häseli (CVP) unterstützt den Rückweisungsantrag. Das Leck in den Stadt-Finzen ist etwas grösser geworden als gedacht.

Hanspeter Fröhlich (FDP) erinnert an die Motion der FDP „Ausgeglichener Stadthaushalt“. Diese wurde vom Parlament abgelehnt. Erfreulich ist, dass sich das Parlament nun in Richtung Sparen bewegt. Die FDP hätte einen Rückweisungsantrag gestellt, hätte dies die Baukommission nicht selbst gemacht. Er unterstützt den Rückweisungsantrag.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird mit einigen Gegenstimmen an die Parlamentarische Baukommission zurückgewiesen.

26.04**Verkauf Grundstück Nr. 1715; Wehrstrasse**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 4. April 2012 mit folgendem Antrag:

Dem Verkauf des Grundstücks Nr. 1715, Wehrstrasse, an die Baumann Transport AG zum Kaufpreis von CHF 3.2 Mio. wird zugestimmt.

Eintretensdiskussion:

Franziska Geser-Burch (CVP) orientiert, dass die GPK das Geschäft geprüft hat. Den vereinbarten Mischpreis von CHF 340/m² erachtet die GPK als marktgerecht. Sie beantragt Zustimmung.

Reto Mock (CVP) unterstützt den Umzug der Transport Baumann AG. Den Kaufpreis erachtet er als sehr hoch. Er unterstützt das Geschäft.

Ernst Ziegler (SVP) hat Verständnis für die Bedürfnisse der Firma. Mit dem Verkauf geht aber wieder ein Stück Landwirtschaftsfläche verloren. Er kann als Landwirt dem Geschäft nicht zustimmen.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag des Stadtrats wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

26.05

Gründung und Beteiligung SanaFürstenland AG

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. Juni 2012 mit folgenden Anträgen:

1. *Der Gründung der SanaFürstenland AG und der damit verbundenen Aufhebung des Zweckverbandes Regionales Pflegeheim Gossau wird zugestimmt.*
2. *Den Kapitalerhöhungen der zu gründenden SanaFürstenland AG gemäss diesem Bericht und den nachfolgenden Aufwendungen wird zugestimmt:*
 - a) *Übertragung der Bauten des Regionalen Pflegeheimes Gossau und seiner Betriebsmittel als Sacheinlage zum Buchwert per 31. Dezember 2013.*
 - b) *Übertragung der Betriebsmittel des Altersheimes Espel als Sacheinlage mit einem anrechenbaren Wert von CHF 900'000;*
 - c) *Anteilmässige Umsetzungs- bzw. Gründungskosten der SanaFürstenland AG in der Höhe von CHF 760'000;*
 - d) *Anteilmässige Gewährung eines Darlehens mit Rangrücktritt in der Höhe von CHF 8'288'000.*
- *Der Betrieb des Altersheimes Espel wird per 1. Januar 2014 der SanaFürstenland AG übertragen. Das Heimreglement vom 21. November 2002 wird auf den Zeitpunkt der Betriebsübertragung aufgehoben und durch das Heimreglement SanaFürstenland AG ersetzt.*
- *Der Stadtrat wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Gründung der SanaFürstenland AG Verträge abzuschliessen, namentlich:*
 - a) *Aktionärsbindungsvertrag*
 - b) *Leistungsvereinbarung ambulant und stationär;*
 - c) *Mietvertrag Altersheim Espel;*
 - d) *Personalüberleitungsvertrag;*
 - e) *Darlehensvertrag.*

Das Präsidium schlägt vor, das Geschäft an eine vorberatende Kommission zu überweisen. Für die Besetzung der Vorberatenden Kommission liegen folgende Vorschläge vor:

FLiG	Zahner Alfred	Präsident
FDP	Fröhlich Hanspeter	Mitglied
SVP	Hälg Hans	Mitglied
SVP	Seiler Roland	Mitglied
CVP	Bernhardsgrütter Peter	Mitglied
CVP	Manser Ruedi	Mitglied
CVP	Strübi Andreas	Mitglied

Beschluss des Stadtparlamentes:

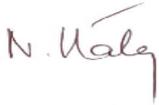
Die Vorberatende Kommission wird eingesetzt.

26.06**Interpellation Florian Kobler (SP) „Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit auf dem Bahnhofplatz Gossau“**

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 6. Juni 2012.

Der Interpellant **Florian Kobler (SP)** bedankt sich für die Antwort. Eine Analyse der Situation war sinnvoll und nötig. Gesellschaftliche Phänomene sollen frühzeitig erkannt und beurteilt werden. Die SP begrüsst, dass der Stadtrat verschiedene Massnahmen eingeleitet hat. Andere Massnahmen lassen auf sich warten, wie z.B. eine neue Unterführung. Diese Investitionen sollen nicht auf folgende Generationen verschoben werden. Er beantragt keine Diskussion.

Der Präsident



Norbert Hälg

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 16.07.2012 genehmigt.